

6. November 2022

PDF-Darstellung der Meldung auf
www.emk.de vom 6.11.2022



Jennifer Morgan (Mitte; Staatssekretärin im Auswärtigen Amt) und Dr. Heike Henn (rechts daneben; Leiterin der »Unterabteilung Klima« im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) nehmen vor dem Auswärtigen Amt in Berlin die ökumenische Petition »Klimazusagen einhalten« entgegen.
Bildnachweis: ÖNK

Gerechte Klimapolitik entscheidend für die Zukunft

Ein breites kirchliches Bündnis überreichte Ende Oktober eine Klima-Petition an die Bundesregierung. Darin wird die Einhaltung der Klimazusagen gefordert.

Im Vorfeld der am heutigen Sonntag, dem 6. November, in Ägypten beginnenden UN-Klimakonferenz überreichte ein breites kirchliches Bündnis Ende Oktober im Auswärtigen Amt in Berlin die Petition »Klimazusagen einhalten: für einen gerechten Umgang mit der weltweiten Klimakrise«. Die Staatssekretärin Jennifer Morgan und Heike Henn, Leiterin der »Unterabteilung Klima« im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, nahmen die Petition entgegen.

Ein Bündnis von mehr als neunzig kirchlichen Institutionen, darunter auch die Evangelisch-methodistische Kirche (EmK), verfasste die an die Bundesregierung gerichtete Petition. Darin wird gefordert, dass sich die Bundesregierung bei der anstehenden UN-Klimakonferenz für eine Erhöhung der Klimafinanzierung und für einen angemessenen Umgang mit klimabedingten Verlusten und Schäden einsetzt.

Im Rahmen der Übergabe forderte Daniela Ordowski, die Bundesvorsitzende der Katholischen Landjugendbewegung, die deutsche Delegation zur Weltklimakonferenz dazu auf, dass Deutschland angesichts seiner Wirtschaftskraft und Mitverantwortung einen fairen Beitrag zur Klimafinanzierung

leisten müsse. Sie wies darauf hin, dass die Industrieländer bis 2025 jährlich 100 Milliarden US-Dollar an Klimafinanzierung zugesagt hätten, aber ihren Versprechen nicht nachkämen. »Auch Deutschlands Beitrag liegt unter den angekündigten sechs Milliarden Euro«, mahnte sie. Perspektivisch müssten die Mittel für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel »deutlich angehoben werden«.

Laut wissenschaftlichen Schätzungen, so die Initiatoren der Petition, beliefen sich die wirtschaftlichen Schäden durch die Klimakrise ab spätestens 2030 auf rund dreihundert bis sechshundert Milliarden US-Dollar. Besonders betroffen seien davon die Länder des Globalen Südens. Deshalb sei es »höchste Zeit, dass zusätzliche Mittel für klimabedingte Schäden und Verluste aufgebracht werden, um die von der Klimakrise am meisten betroffenen Länder bei der Bewältigung der Schäden zu unterstützen«, fordert Klaus Seitz, Abteilungsleiter Politik bei Brot für die Welt.

Zusammen mit ihrer chilenischen Amtskollegin Maisa Rojas moderiert Staatssekretärin Morgan die Verhandlungen zum Umgang mit klimawandelbedingten Schäden und Verlusten bei der UN-Klimakonferenz im ägyptischen Scharm El-Scheich. Bei der Entgegennahme der Petition sagte sie, dass sie »gut zuhören« wolle, »was die vulnerablen und ärmsten Länder brauchen«. Morgan und Henn lobten das Engagement der kirchlichen Akteure für Klimagerechtigkeit und forderten dazu auf, »dass die Kirchen sich auch international stärker einmischen sollten«.

Weiterführende Links

Petition: Klimazusagen einhalten: für einen gerechten Umgang mit der weltweiten Klimakrise: www.kirchen-fuer-klimagerechtigkeit.de/artikel/die-krisenspirale-fuer-die-aermsten-durchbrechen
Ökumenisches Netzwerk Klimagerechtigkeit: www.kirchen-fuer-klimagerechtigkeit.de

Der Autor

Klaus Ulrich Ruof ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Pressesprecher für die Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland mit Sitz in Frankfurt am Main. Kontakt: oeffentlichkeitsarbeit@emk.de.